

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39
Telex: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Horst Peter MdB zur Auseinandersetzung um den Regierungssitz: Die Entscheidung am realen Effekt ausrichten.

Seite 1

Professor Hartmut Soell MdB zum 2. Jahrestag des Massakers auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens: Auf Achtung der Menschenrechte in China drängen.

Seite 5

46. Jahrgang / 103

4. Juni 1991

Die Entscheidung an realen Faktoren ausrichten Zur Auseinandersetzung um den Regierungssitz

Von Horst Peter MdB

Das Fazit des Bremer Parteitages in der "Berlin/Bonn: Bonn-Debatte" lautet: Jetzt muß parlamentarisch durch Einbringung eines Gesetzes über Volksentscheide und eines Ausführungsgesetzes für die Volksabstimmung gehandelt werden, um umgehend die verfassungsrechtlichen Grundlagen und die gesetzliche Basis für eine Volksabstimmung zu schaffen. Die Bremer Entscheidung eröffnet die Chance, eine über den Tag hinaus tragfähige und verantwortliche Entscheidung in der Frage des Sitzes von Regierung und Bundestag zu suchen. Eine Volksabstimmung öffnet den Weg für eine Entscheidung auf der Grundlage einer solide erarbeiteten und dargestellten sachorientierten ökonomischen und logistischen Gesamtrechnung, weil dieser Entscheidungsweg eine überprüfbare Formulierung der wesentlichen Faktoren erzwingt und die emotionalisierte Inanspruchnahme der symbolischen Faktoren erschwert. Dazu sollte die gewonnene Zeit bis zur Durchführung der Abstimmung genutzt werden.

Auf eine Entscheidung am 20. Juni sollte im Lichte des Bremer Beschlusses und der eingetretenen Entwicklung verzichtet werden. Weil alles getan werden muß, um eine sachorientierte Entscheidung zu erreichen, sollte auf die Entscheidung des Deutschen Bundestages am 20. Juni selbst dann verzichtet werden, wenn man der Entscheidung der SPD für eine Volksabstimmung nicht folgen will!

Denn die emotionalisierte Debatte läuft aus dem Ruder. Die Umstände der zur neuen deutschen Schicksals-Diskussion aufgeblasenen Debatte stehen in keinem Verhältnis mehr zum Anlaß.

Von den Interessenten des in philosophische Höhen schwingenden "Hauptstadt-Diskurses" ist kein Fortschritt in der Diskussion zu erwarten. Berlin-Partei und Bonn-Partei sind argumentativ erschöpft. Die Diskussion tritt auf der Stelle. Die Argumente sind ausgetauscht. Jedes Argument für Berlin oder Bonn dementiert sich selbst, enthält auch sein Gegenargument gegen Berlin oder Bonn. Die Beliebigkeit der Argumente entspricht der subjektiven Einschätzung und der subjektiven Präferenz der Diskussionsteilnehmer für die mit dem jeweiligen Vorschlag verbundenen Symbole.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

So soll für Berlin seine kulturelle Vielfalt sprechen. Doch die Parlamentarier sollen arbeiten, nicht tanzen, und diesem mehr asketischen Verständnis entspricht auch der Charakter des Deutschen Bundestages als Arbeitsparlament. Und wenn nicht: die räumliche Distanz, die im Großraum Köln-Bonn zu den Museen-Tempeln zu überwinden ist, entspricht durchaus den Distanzen im Großraum Berlin.

Die Nähe zu den sozialen Problemen der Metropole hat weder Reagan noch Thatcher von einer asozialen Politik abgehalten. Kehren die einen die anti-katholischen Ressentiments gegen das muffige Adenauerdorf hervor, kann die andere Seite auf die reaktionär-preussische Vergangenheit des Parvenüs unter den deutschen Großstädten verweisen.

Eine Entscheidung für Berlin würde natürlich die "borussische National-Legende" wiederbeleben, daß die deutsche Geschichte seit 1748 auf die Hohenzollern, Preußen und Berlin zulief und die Preußen eine deutsche nationale Mission erfüllten. Dagegen ist richtig, daß 1870 Deutschland borussifiziert wurde und nicht Preußen in Deutschland aufgegangen ist.

Auch die späte Erkenntnis eines republikanisch-demokratischen Neubeginns der Deutschen in Bonn überzeugt nicht. Bonn ist der Ort der Hauptstadt-Affären, von Strauß, der Spiegel-Affäre, der Notstandsgesetze, der illiberalen Ausländer- und Asylpolitik, der Berufsverbote.

Bitterfeld nicht im Blick

Selbst versierte Kritiker der Rüstungsökonomie und ihrer vermeintlichen "spinn off"-Effekte favorisieren Berlin wegen der vermeintlichen "spinn off"-Effekte für das Beitrittsgebiet. Aber kein Fernsehturm in Berlin ist so hoch, um noch Bitterfeld im Blick zu haben, und muß man erst Bundeskanzler Kohl ein teures Palais renovieren, bevor man dran gehen kann, in Theissen Ersatz zu schaffen für die wegfallenden Arbeitsplätze in der Braunkohlenindustrie und die ökologischen Schäden auszugleichen.

Interessant ist selbstverständlich zu beobachten, welche Probleme die politische Klasse mit der Einlösung ihrer "Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands"-Rhetorik hat, wenn es jetzt darum geht, die rhetorischen Muster zu Hauptstadt, Sitz von Regierung und Parlament und ökonomischer Situation des Beitrittsgebietes einzulösen. Doch die Glaubwürdigkeitsprobleme der politischen Klasse bei der Realisierung ihrer Rhetorik können nicht Leitaden deutscher Politik und ökonomischer Entscheidungen sein. Die Bundesrepublik Deutschland hat es nicht verdient, daß diese Glaubwürdigkeitsfälle der Politik zur ökonomischen Falle der Gesellschaft und der Nation wird.

Die Glaubwürdigkeit von Politik hängt nicht nur ab von der Übereinstimmung mit der Rhetorik, sondern auch von ihrer Leistungsfähigkeit und der Entwicklung leistungsfähiger und sachbezogener Lösungen. Am Ende einer kritischen Diskussion muß im Interesse der Sache auch eine Ablösung von den Mustern der Rhetorik möglich sein. Dies verschafft der Politik ein höheres Maß an Glaubwürdigkeit als ein lemminghaftes Marschieren entlang einer einmal ausgegebenen Parole in eine weitere desaströse Entscheidung. Die Verlegung des Regierungs- und Parlamentssitzes scheint nach den jetzt vorliegenden Daten eben nicht die sachbezogene Lösung für die ökonomische Misere des Beitrittsgebietes und die Probleme Berlins zu sein.

Der Hauptstadtstreit sei zum Streit um die Schlußbilanz der "Bonner" Demokratie geworden. Deshalb könne nicht rational über die Hauptstadt entschieden werden, weil unter Termindruck ein abschließendes Urteil über die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich ist, meint Klaus Hartung. Dem ist zuzustimmen. Die Diskussion hat sich längst von ihrem Gegenstand gelöst und ist zur Fortsetzung, zu einem Zweig der Normalisierungsdebatte mutiert. Deshalb schließt das Plädoyer für ein Entscheidungsmoratorium das Plädoyer, zurückzukehren zum Gegenstand der Diskussion, ein.

Wenn die Symbole verbraucht sind, kann die Diskussion zu den wirklich entscheidenden und objektiv bewertbaren Indikatoren zurückgeführt werden: den ökonomischen, organisatorischen und technischen Faktoren einer Verlegung der Hauptstadtfunktionen von Bonn nach Berlin in kürzester Frist.

Diese Bilanzierung blieb bisher den Interessenten, der Bonn- und der Berlin-Partei, überlassen. Vor der Entscheidung muß der Bundestag die ökonomische und logistische Analyse selbst erarbeiten oder die Bundesregierung beauftragen, diese Analyse zu leisten. Es genügt nicht, wenn Bundeskanzler Kohl seine subjektive Stimmung als Abgeordneter Kohl (Oggersheim) der Nation unterbreitet. Es genügt jedenfalls nicht, wenn der Bundestag der Stimmung der Interessenten nachgibt, erst einmal entscheidet, hofft, daß sich das übrige schon finden wird, und dann rechnen und organisieren läßt. Eine fundierte Analyse als Grundlage für eine verantwortliche Entscheidung kann jedoch bis zum 20. Juni nicht vorgelegt werden, wenn der Deutsche Bundestag entscheiden soll. Eine Abstimmungsvorlage für eine Volksabstimmung benötigt einen ausreichenden Vorlauf und die Bürgerinnen und Bürger ausführliche Informationen als Entscheidungsgrundlage.

Eine weitere Fehlleistung in der Qualität des "ökonomischen Desasters" der Währungsunion verdaut auch die Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne weiteres. Angesichts dieser gigantischen Fehleinschätzung sollte jetzt die politische Klasse nüchtern und mit klarem Verstand entscheiden und nicht den Versuchungen der PR-Aktionen nachgeben. Auch wäre der Versuch, die gegen den gesamten ökonomischen Sachverstand durchgesetzte ökonomische Fehlleistung des 1. Juli 90 mit einer weiteren ökonomischen Fehlleistung auszugleichen und wettzumachen, kein Ausweis seriöser Politik. Denn es wäre ein weiteres ökonomisches Hazard-Spiel, weil die Aussichten, diesmal Erfolg zu haben, so ungewiß sind wie der Mißerfolg der Währungsunion gewiß ist. Nur in der Algebra ergibt $-x - = +$. Es käme dem Versuch gleich, in einen löcherigen Eimer das Wasser zu halten, in dem man ständig Wasser nachgießt, anstatt das Loch zu schließen.

Notwendig sind jetzt eine

- ökonomische, haushalts- und finanzpolitische Analyse. Welche Kosten sind zu tragen und wie werden sie aufgebracht. Ein Hauptstadtgesetz kann nicht ohne solide finanz- und steuerpolitische Darstellung beschlossen werden.
- Allokationsanalyse. Wird der angestrebte Zweck, die Beförderung der ökonomischen und sozialen Einheit mit dem Beitrittsgebiet und Ost-Berlin, wirklich erreicht? Werden die eingesetzten Mittel effizient verbraucht?

logistisch-organisatorische Analyse. Wie und in welchen Schritten wird die Verlegung von Administration und Parlament bewältigt? Kann sich eine hochkomplexe Gesellschaft wie die Bundesrepublik leisten, daß sich ihre zentralen politischen Entscheidungsträger mehrere Jahre "in der Luft" befinden? Sind Regierung und Administration noch entscheidungsfähig, kann der Deutsche Bundestag seinen legislativen und Kontrollaufgaben erfüllen?

Es geht darum, wo man mit welchen Mitteln zuerst einen realen Effekt für die Menschen in Ost und West erzielen kann - und nicht nur einen symbolischen Hoffnungseffekt. In diesem Sinne ist das bisherige föderale Design der Bundesrepublik Deutschland und der Förderung mehrerer Zentren (Hamburg, Köln, Stuttgart, Düsseldorf, München, Frankfurt) tatsächlich auch ein raumordnungspolitischer Glücksfall gewesen, denn so wurde eine relativ gleichmäßige Entwicklung eingeleitet. Eine zentralistische Hauptstadtorganisation in Berlin würde nicht nur die Ressourcen monopolisieren, sondern auch erneut durch ihre Sogwirkung die deutsche Provinz provinzialisieren und die föderalen Zentren schleifen. Die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse müßte dann endgültig als realisierbares Politikziel verabschiedet werden. Die Verlegung von Parlament und Regierung nach Berlin hätte nicht nur nicht den gewünschten Effekt für Berlin und das Beitrittsgebiet.

Eine Administrationszentrale Berlin würde Investitionen und Entwicklungschancen für die Bürgerinnen und Bürger in Berlin, im Beitrittsgebiet und in der alten Bundesrepublik Deutschland vermindern. London und Paris sind daher eher ein warnendes Beispiel.

In Berlin wird die zukünftige Metropole Ost-Mitteleuropas gesehen. Die weltweiten Probleme von Metropolen sind Verkehr, Wohnen, Umwelt, Sicherheit, soziale Versorgung. Dieser Problemerkatalog stand bisher im Mittelpunkt Berliner Politik und kennzeichnet zukünftige Berliner Politik. Hinzu kommen die Aufgaben aus dem Zusammenwachsen von Ost- und West-Berlin und aus der Umstellung der bisherigen Wirtschaftsordnung in Ost-Berlin. Diese Ost-West-Konstellation in Berlin und die zukünftige Rolle Berlins als Faktor in der Armutswanderung verschärft die Lage der Stadt. Die Ausgestaltung der Hauptstadtfunction durch die Verlagerung der Bonner Funktionen wird die Verkehrsprobleme, das Wohnungsproblem, die Defizite in der sozialen Infrastruktur und die Sicherheitsdefizite für die Bürgerinnen und Bürger, das Zusammenwachsen von Ost- mit West-Berlin nicht lösen.

Bekanntlich kann Geld nur einmal ausgegeben werden. Mittel, die für den Ausbau der spezifischen Infrastruktur der Administration, für deren repräsentativen Wohnungsbau und deren Verkehrs- und Sicherheitsprobleme verausgabt werden, fließen nicht in den sozialen Wohnungsbau, nicht in die Kanalisierung, dienen nicht der Entschärfung der sozialen Probleme, die auf Berlin mit der Vereinigung und der Armutswanderung zukommen. Auf dem Wohnungsmarkt wird ein Verdrängungsprozeß mit horrenden Mietsteigerungen einsetzen, zuerst wird die Sicherheit des Regierungsviertels garantiert werden müssen. In Berlin mangelt es im Wohnungsbau nicht nur am Geld, sondern auch schon an den Bodenreserven. Kann für den Wohnungsbau im Westen, im Beitrittsgebiet, in Berlin, für die Hauptstadt - und für die Rote Armee in der UdSSR - die notwendige bauwirtschaftliche und industrielle Kapazität bereitgestellt werden? Verzehrt der Ausbau von Berlin zur repräsentativen Metropole die Ressourcen für die Behebung des Wohnungsmangels im Westen, für die Sanierung und den Neubau im Beitrittsgebiet?

Bisher ergibt die Abgleichung mit dem Katalog der strukturpolitischen Erfordernisse, die eine Metropole regierbar machen, daß durch die Verlegung der Hauptstadtfunktionen keines der Berliner Probleme gelöst wird, sondern die Probleme der Stadt verschärft werden. Und für den Rest des Landes ergibt die bisherige Analyse die Gefahr von sozialen und ökonomischen Lösungsdefiziten, weil in Berlin unter gleichzeitiger enormer Vernichtung und Entwertung von Kapital in Bonn die Hauptstadt dupliziert wird.

Die bisherigen Ergebnisse einer ökonomische-logistischen Analyse ergeben keine Basis für ein Votum für Berlin. Ohne Verbesserung der Entscheidungsgrundlage ist ein Votum für Berlin nicht vertretbar. Den Zeitraum bis zur Volksabstimmung sollten die Berlin-Befürworter als Entscheidungsmoratorium verstehen, daß ihnen die Chance eröffnet, die ökonomischen, administrativen, technischen und logistischen Bedenken auszuräumen, denn die Beweislast für Berlin haben die Berlin-Befürworter und die Bundesregierung. Nur wenn Klarheit über die Fakten geschaffen wurde, kann entschieden werden.

(-/4. Juni 1991/rs/fr)

Auf Achtung der Menschenrechte in China drängen

Zum 2. Jahrestag des Massakers auf dem Pekinger Platz des Himmlichen Friedens

Von Professor Hartmut Soell MdB

Die Volksrepublik China ratifizierte im Oktober 1988 die Konvention der Vereinten Nationen für Menschenrechte, am 3. November 1988 trat sie für China in Kraft. Dies bedeutet aber kein Ende der chinesischen Folterpraxis. Der stellvertretende chinesische Generalstaatsanwalt Liang Guoqing bestätigte (laut amnesty international) im April 1990 öffentlich, daß Geständnisse in der Volksrepublik häufig durch Folter erpresst würden. Allein in der Zeit von Januar bis März 1990 seien die chinesischen Behörden insgesamt 2.900 Fällen von Amtsmißbrauch, Bestechung, Folter und Willkürhaft nachgegangen; 490 davon seien "schwere" Fälle gewesen, bei denen es "Tote, Verletzungen oder wirtschaftlichen Schaden" gegeben habe. Auch wenn bereits die Durchführung einer solchen Untersuchung und deren öffentliche Bestätigung als Hoffnungszeichen gewertet werden kann, so bleibt die Volksrepublik China auch in diesem Bereich weit von der Erfüllung der Menschenrechtskonvention entfernt. Die "gängigsten" Foltermethoden in der VRChina sind neben Prügel und dem Gebrauch von Elektroschlagstöcken, Aufhängen an den Armen, Auspeitschen, Handschellenfolter und die übrige Palette unmenschlicher und demütigender Behandlung. Insbesondere sollen so die Festgenommenen bestraft aber auch dazu bewegt werden, sich selbst und "Mittäter" namentlich zu belasten.

Mangelhaftes juristisches System

Das offizielle chinesische Rechtsbewußtsein und die juristische Praxis sind ebenfalls weit von internationalen Standards entfernt. Das chinesische Strafrecht kennt weder die Unschuldsvermutung für noch nicht Verurteilte, Anwälte sind in der Regel Staatsangestellte mit zudem stark

eingeschränktem Zugang zu den Angeklagten. So ist es laut einem Gesetz aus dem Jahre 1983 möglich, "Kriminelle, die die öffentliche Sicherheit stark gefährden" abzuurteilen, ohne daß den Angeklagten oder deren Rechtsbeistand zuvor das Verhandlungsdatum oder die Anklage zur Kenntnis gebracht werden. Die Funktion des Anwalts, beschränkt sich in der Regel darauf, bestenfalls ein milderes Urteil als das von der Staatsanwaltschaft verlangte zu fordern. Eine zu engagierte Verteidigung kann den Anwalt selbst in Gesetzeskonflikt bringen, da dies häufig als Mittäterschaft gewertet wird. So ist es unüblich, Anklagepunkte in Frage zu stellen. Die Möglichkeiten eines fairen Gerichtsverfahrens oder zumindest einer Verteidigung, die eine solche Bezeichnung verdient, sind unter diesen Voraussetzungen keinesfalls gegeben.

Willkürstrafen durch administrative Anordnung

Es existieren eine ganze Reihe von gesetzlichen Bestimmungen, die ausdrücklich verschiedene Formen der sogenannten Verwaltungshaft ohne Anklage und Verfahren erlauben. Zum einen wird durch diese Bestimmungen der Polizei die Möglichkeit gegeben, Menschen ohne juristischen Aufwand zumindest einige Tage aus dem Verkehr zu ziehen. Weiterhin sind sogenannte Kommissionen, die angeblich aus Behördenvertretern bestehen (de facto oftmals aus den gerade damit befassten Polizisten), berechtigt, Menschen ohne Gerichtsverfahren bis zu drei Jahren zu "Umerziehung durch Arbeit" zu "verurteilen". Durch die genannten gesetzlichen Bestimmungen aber auch die, spätestens in Folge der Ereignisse auf Tiananmen im Juni 1989, zur Norm gewordenen illegalen Praktiken der Sicherheitsbehörden, begünstigen Willkürlich und Menschenrechtsverletzungen aller Schattierungen. Darüberhinaus werden die meisten festgenommenen in der VR China ohne Kontakt zur Aussenwelt festgehalten. Da ihnen ein Kontakt zu Angehörigen und zu einem Anwalt nur unmittelbar vor einem anberaumten Gerichtsverfahren erlaubt ist, besteht über das Schicksal von vielen Hundert Personen völlige Unklarheit. Zumal Gefangene, die in jüngster Zeit freikamen, übereinstimmend bestätigten, daß Menschen, die bei Verhören umgekommen sind, heimlich begraben wurden, ohne daß deren Angehörige informiert worden seien.

Weiterhin Todesstrafe und öffentliche Hinrichtungen

Die offizielle chinesische Berichterstattung zählte "nur" einige Dutzend Hinrichtungen in Folge der Demokratiebewegung. Laut amnesty international wurden allein in Peking in den Wochen nach dem Juni 1989 mehrere hundert Menschen heimlich exekutiert. Übereinstimmend wurde berichtet, daß von Juni bis August 1989 wiederholt ganze Gruppen vor Morgengrauen im Südwesten und anderen Stadtteilen Pekings erschossen wurden. Gesetzlich verbotene öffentliche Zurschaustellung von Verurteilten sind ebenso an der Tagesordnung, wie öffentliche Exekutionen als Volksspektakel. Wobei den Delinquenten noch immer ein Schild mit Namen und den zur Last gelegten Vergehen umgehängt werden. Die diesbezüglichen Dementies von offizieller chinesischer Seite, sind in Anbetracht der entsprechenden Zurschaustellungen von "Konterrevolutionären" im chinesischen Fernsehen schlicht absurd. Amnesty international hat seit Anfang 1990 eine dramatische Zunahme der Todesurteile und Hinrichtungen in der VR China verzeichnet. Heute können über 40 Delikte mit dem Tod bestraft werden, ai hat das Schicksal von über 700 politischen Gefangenen dokumentiert, die ohne Anklage und incommunicado inhaftiert sind. Die tatsächliche Zahl ist zweifellos weitaus höher. Es wird weiterhin gefoltert und mißhandelt, weiterhin unfaire Gerichtsverhandlungen und administrative Maßnahmen (s.o.) durchgeführt und Menschen nach Schnellverfahren hingerichtet. Allein von

Januar bis August 1990 konnte ai anhand offizieller Dokumente 720 Todesurteile (vollstreckte) dokumentieren. Auf die Todesstrafe scheinen die Machthaber in Peking auch in absehbarer Zeit nicht verzichten zu wollen.

Verfolgung Gläubiger

Seit Gründung der Volksrepublik bis heute werden Katholiken, Protestanten und tibetische Buddhisten inhaftiert, die sich geweigert haben, den staatlich kontrollierten Kirchenorganisationen beizutreten. Die chinesische Führung versucht mittels der staatlichen Organisation die religiösen Gruppen besser überwachen und abschirmen zu können, beispielsweise gegen den Vatikan. Die Haftstrafen für einige Gläubige betragen laut ai in einigen Fällen über 20 Jahre. Eine Polizeiattacke gegen das katholische Dorf Youtong forderte 300 Verletzte, 88 Schwerverletzte und vermutlich zwei Todesopfer. Die Polizeiattacke bestand aus wahllosem Einprügeln auf die Bevölkerung des Ortes, ohne Rücksicht auf Alter. Ende 1989 bis Mitte 1990 wurden in China über 30 römisch-katholische Bischöfe, Priester und Laienprediger festgenommen, die aufgrund ihrer Loyalität zum Vatikan gegen die Gesetze verstoßen hatten. Zahlreiche Festnahmen protestantischer Prediger und Laien wurden ebenfalls gemeldet. Sie wurden oftmals zu jahrelanger Haft verurteilt, weil sie friedlich ihren religiösen Aktivitäten nachgegangen sind.

40 Jahre Unterdrückung in Tibet

China hat das internationale Interesse am Golfkrieg sowohl zur öffentlichen und geheimen Abrechnung mit Oppositionellen, als auch zu einer wiederholten Verschärfung der Repressionen in Tibet genutzt. Neben der leider schon hinlänglich bekannten Fortführung der Zwangsabtreibungs- und Sterilisierungs-"Politik" wird die Sinisierung Tibets weiter forciert. Großangelegte Besiedlungsaktionen durch Chinesen (z.B. Lhasa: 50.000 Tibeter, 160.000 Chinesen) sollen Pekings territorialen Anspruch besiegeln. Die Belege für einen regelrechten Völkermord Pekings an den Tibetern reichen bis hin zu Arbeits- und Konzentrationslagern. Bis heute hat die chinesische Besatzungspolitik 1,2 Millionen Tibeter das Leben gekostet. Die Nachrichten über eine erneute blutige Niederschlagung einer Demonstration in Tibet im Frühjahr diesen Jahres (wie schon im März 1989), stehen im Einklang mit der sehr restriktiven Einreiseregulierung für Ausländer nach Tibet. (Touristen dürfen nur noch in Reisegruppen unter Aufsicht nach Tibet einreisen. Wegen der wenigen Einreisemöglichkeiten hat Peking völlige Kontrolle über Anzahl und Aufenthalt von Ausländern in Tibet.) Die chinesische Führung hat zum 40. Jahrestag des "17-Punkte-Abkommens" zwischen China und Tibet offizielle Jubelfeiern angeordnet und im Vorfeld dieser Veranstaltung restriktive Maßnahmen ergriffen, zu denen u.a. eine Art Hausarrest für Mönche und Nonnen zählt, ferner wurden in diesem Zusammenhang über hundert Tibeter verhaftet und weitere 30 in öffentlichen Schauprozessen vorgeführt. Gefoltert wird in Tibet in erweitertem Umfang, insbesondere werden Vergewaltigungen von buddhistischen Nonnen, Foltern mit Elektroschlagstöcken und Aufhängen an Armen, bis diese ausgekugelt sind, berichtet. Auch die Aussagen von Augenzeugen bei der Tibet-Anhörung im Bundestag im April 1989, die von ai-Ärzten bestätigt wurden, zeigten das grauenhafte Gesicht der chinesischen Besatzungspolitik.

Das Ausmaß der Anwendung der Todesstrafe hat seit dem Jahr 1983, in dem mehrere tausend Menschen im Zuge einer Kampagne gegen das Verbrechen hingerichtet wurden, einen neuen Höhepunkt erreicht. Die chinesischen Behörden gehen vor und nach dem Juni 1989 mit un

verminderter Härte gegen alle vor, die nicht dem offiziell geforderten politischen Verhalten nachkommen. Hierzu zählt auch die Verfolgung von Religionsgemeinschaften. Insbesondere scheint die chinesische Regierung zusehends härter auf die zunehmende Beachtung des Tibet-Problems seit der Verleihung des Nobel-Preises an den Dalai-Lama zu reagieren.

Will sich China wirklich als international geachteter Partner etablieren, so sollte es umgehend die mit der Ratifizierung der Menschenrechtskonvention vor nunmehr drei Jahren eingegangenen Verpflichtungen achten.

Schon angesichts des zweijährigen Jahrestages der blutigen Niederwerfung der Demokratiebewegung in China müßte es sich von selbst verbieten, daß die Bundesregierung im großen Stil die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der chinesischen Regierung wiederaufnimmt. Die hier berichteten gravierenden Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte in China unterstreichen diese Forderung zusätzlich.

Statt sich an die Maßstäbe der von allen Fraktionen des Bundestages im Juni 1989 verabschiedeten Entschließung zu halten, ist die Bundesregierung, unterstützt von den Koalitionsfraktionen, seit Herbst 1990 dazu übergegangen, die Finanzierung umfangreicher Projekte in China wiederaufzunehmen und dortige Investitionen deutscher Unternehmen wieder mit Hermes Bürgschaften auszustatten.

Bundesregierung fällt Demokraten in den Rücken

Der Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Lengl, hat während seines jüngsten Chinabesuches nicht nur weitere Zusagen gemacht, sondern auch behauptet, daß China zu einer "stabilen" Entwicklung zurückgefunden habe.

Kein Wunder, daß Lengls Äußerung in den chinesischen Medien breit herausgestellt wurde.

Den Pekinger Studenten, die unter extremen Risiken für Leib und Leben gegenwärtig durch ihre Aktionen an die blutigen Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens am 4. Juni 1989 erinnern, fällt die Bundesregierung auf zynische Weise in den Rücken.

Bundestag und Öffentlichkeit sind aufgerufen, diesem Zynismus Einhalt zu gebieten und zur Achtung der Menschen- und Bürgerrechte in China beizutragen.

(-/4. Juni 1991/rs/fr)
